

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

13.9.1928 (No. 214)

die deutsche Rommesgebild zu gelten hat. Mit Rebance und mit Krieg hat das alles natürlich gar nichts zu tun. Auch im Ringen der Geister kann man je nachdem so oder so auftreten, langmütig oder energisch.

Wir wollen hoffen, daß die französische Staatskunst rechtzeitig einlenkt. Allerdings soll schon heute darauf hingewiesen werden, daß wir eine wirklich entscheidende Tat der Verständigungsbereitschaft von Frankreich erwarten. Die zweite Zone wird ja sowieso in etwa anderthalb Jahren geräumt werden. Es wäre ein ungenügendes Entgegenkommen, wenn Frankreich sich bloß zu einer vorzeitigen Räumung der zweiten Zone verstehen wollte. Auf die dritte Zone kommt es an, zumal sie die größte und wichtigste ist. Und für uns Deutsche heißt vorzeitige Räumung des Rheinlands eben Räumung der beiden noch besetzten Zonen. Zum mindesten müßte die Räumung der dritten Zone zu einem ganz bestimmten, früheren Termin fest zugesagt werden. Wir sind gespannt, zu hören, was die heutigen Besprechungen in Genf ergeben werden. Gewiß werden sie endgültige Beschlüsse noch nicht zeitigen, aber sie werden offenbaren, ob ein guter Beschluß demnächst zu erwarten ist, ein Beschluß, der dem Geiste von Locarno entspricht oder nicht.

Der deutsche Juristentag in Salzburg

wurde am Dienstag eröffnet. Der österreichische Justizminister Dr. Stama wies auf das Ziel der Rechtseinheit innerhalb des gesamten deutschen Volkes hin, zu welchem auch die Deutschen in der Ostmark gehören. Der Weg der Rechtsangleichung ist beschritten und wir wollen ihn weitergehen bis zum Ende.

Reichsjustizminister Dr. Koch wies auf die Notwendigkeit einer Vereinfachung des Rechtslebens hin und verlangte eine Nationalisierung auch in der Organisation der Rechtspflege. Des weiteren betonte Dr. Koch die Notwendigkeit, ein Abklingen des Rechtsgeistes zu verhindern. Es bestiehe unvertennbar die Gefahr, daß wirtschaftliches, sozialpolitisches und technisches Denken rechtliches Denken zurückdränge. Aber auch im Zusammenleben der Völker schwanke noch die Rechtsidee, die durch die brutale Beendigung des Weltkrieges den schwersten Stoß erlitt. Dr. Koch wandte sich dann der Frage einer Organisation des internationalen Rechtslebens zu. Will man im Völkerleben die Gewalt vermeiden, so muß das internationale Recht Organisationen und Instanzen schaffen, die dem kommenden und natürlichen Recht gerecht werden und fähig und bevollmächtigt sind, Einrichtungen, Bindungen und Verträge, die veraltet sind, genau wie im Privatrecht, zu beseitigen. Niemand kann den Willen Deutschlands und Österreichs verhindern, gemeinsames Recht zu schaffen, wenn die Gemeinsamkeit der Volkanschauungen und des Schicksals es ermöglicht oder erfordert. Wenn es dann einmal gelingen wird, durch internationale Verhandlungen den Widerstand internationaler reaktionärer Willkür gegen die endgültige Vereinigung der beiden Staaten zu beheben, dann, so hoffe ich, werden wir Juristen so vorgearbeitet haben, daß sich in vielen Beziehungen dieser Zusammenschluß ohne schwere Erschütterungen vollzieht.

Geheimrat von Kahl, der gleich zu Beginn der Sitzung unter großem Beifall wieder zum Vorsitzenden gewählt worden war, erörterte auch die Anschlussfrage, zu der die Juristen als Hüter des Rechts nicht schweigen dürften. Alle, die es angeht, so führte er aus, sollen es wissen, was wir fordern, daß das im Jahre 1919 mit so großem Pathos proklamierte Grundrecht des Selbstbestimmungsrechts endgültig auch Anwendung und Anerkennung für unsere beiden Reiche finden möge. Wir wollen den Völkerbund davon überzeugen, daß die Durchführung und Wahrung des Nationalitätsprinzips für Europas Kultur Bedürfnis ist. Unter stürmischem Beifall der Versammlung stellte Geheimrat von Kahl die Forderung auf, daß das Minderheitenproblem gelöst werden müsse im Interesse des Völkerbundes und im Interesse des Vertrauens in den Schutz und die Garantien des Völkerbundes.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale, das in Moskau neu gewählt wurde, besteht aus 35 Mitgliedern und 43 Kandidaten. Russischerseits sind als Mitglieder u. a. gewählt worden: Nikol, Tschurin, Manuilski, Molotov, Katiniski, Stropnik und Stalin. Die Wahl des Vorsitzenden des Rates der Bundesvolkskommissare, Alexej Njtom, entspricht allerdings nicht den bekannten Versicherungen Moskaus, daß der Komintern nichts Gemeinsames mit der Sowjetregierung habe.

Badisches Landestheater

Die heilige Ente

Mit Freuden begrüßt man gleich zu Beginn der neuen Saison die Wiederkehr von Haro Gals „Heilige Ente“. Wenn sich auch gegenüber der Erstaufführung am Ende der letzten Spielzeit keine wesentlichen neuen Eindrücke ergaben, so zeigt doch die schnelle Wiederaufnahme des Werkes immerhin, daß die Theaterleitung bestrebt ist, den selten tiefgehenden Erfolg einer modernen Schöpfung auch wirklich auszunutzen. Und dies dünkt um so wertvoller, weil Gals trotz seiner vorwärtstrebenden, Neuland suchenden Entwicklung doch nirgends die Verbindung nach rückwärts aufhebt und deshalb besonders geeignet scheint, bei unserem Theaterpublikum Verständnis zu finden und es mit der Gegenwartskunst vertrauter zu machen. — Die Wiedergabe selbst ist, worauf schon bei der eingehenden Besprechung hingewiesen wurde, von erstklassiger Güte, die dekorative und kostümliche Ausstattung dabei an sich allein mächtig schön. Unter den Darstellern dürfte sich erstmals für Josef Witt Wilhelm Rentwig in den Erfolg des Abends teilen. Und zwar verbienenermaßen, denn als Kuli Jang bewährte er sich vollauf. Sehr zu loben war außerdem, wie Rudolf Schwarz auch das übrige bekannte Ensemble immer stärker zu einem Ganzen voll künstlerischer Wirkung zusammenzufügen verstand. Bei den noch folgenden Aufführungen sollte er im Interesse eines klaren Handlungsablaufs nur noch etwas mehr auf orchestrale Diskretion achten. Es gab abermals recht starken Beifall. H. Sch.

Ein Heimatpiel in Karlsruhe. Der Landesverein Badische Heimat veranstaltet mit seiner Karlsruher Ortsgruppe aus Anlaß seiner Landesversammlung am Sonntag, den 30. September, einen großzügig eingestellten volkstümlichen Heimatabend in der Karlsruher Festhalle. In dessen Mittelpunkt steht die Aufführung eines zünftigen Dramenspiels „Heimat und Handwerk“ von Prof. Dr. B. C. Ostering zu der Bauernkomödie „Denn“ von Johannes Neuhin, deutsch von Hans Sachs. Zahlreiche Karlsruher Handwerkerinnungen werden bei diesem Heimatpiel in ihren Handwerkertrachten mitwirken. Allen Handwerkern Badens ist Gelegenheit zur Teilnahme geboten, zumal die maßgebenden Stellen auf den 1. Oktober den badischen Handwerkerstammtag nach Karlsruhe einberufen haben.

Dr. Seipel über die Anschlussfrage

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte dem Wiener Vertreter der „Österreichischen Volkzeitung“ über die Anschlussfrage:

An eine Aufwerfung der Anschlussfrage zur Unzeit, eine Durchsetzung einer Revision der Friedensverträge in irgendeinem Punkte mit Gewaltmaßnahmen, denkt niemand in Deutschland und Österreich. Wenn aber jemand in unseren Ländern vom Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich spricht, so steht er damit durchaus auf dem Boden der Friedensverträge, die den Weg bezeichnen haben, wie irgendeinmal, wenn der Friede Europas dadurch nicht mehr gefährdet zu werden braucht, der Anschluss gemacht werden kann. Deswegen sind die Regierungen der Innen- und Außenpolitik der Angehörigen verschiedener politischer Parteien das Bedenken vom Anschluss zu verbieten. Noch weniger sind sie selbstverständlich in der Lage, für irgendeine andere Leistung den Friedensgeboten aufzugeben. Für den Augenblick sehe ich allerdings viel aktuellere Fragen der Innen- und Außenpolitik vor uns, auf deren Lösung alle Kräfte konzentriert werden müssen. Wenn einmal der Augenblick gekommen sein wird, in dem uns keine aktuellen Tagesfragen mehr abhalten, den Platz in der Welt zu beziehen, der uns dauernd zutommen soll, dann werden wir fähig und bereit sein, unsere Entscheidung in voller Unabhängigkeit zu treffen.

Die Finanzierung der Ernte

Auf Einladung der preussischen Zentralgenossenschaftsliste fand in Berlin eine Besprechung über die Fragen des landwirtschaftlichen Getreidegeschäftes und über die Fragen der Bewegung und Finanzierung der diesjährigen Ernte zwischen Vertretern der genossenschaftlichen Warenzentralen und Vertretern der Scheuer-Kongern statt. Wie der Amtliche preussische Preisbericht mitteilt, wurde von genossenschaftlicher Seite die Zweckmäßigkeit einer engeren Verbindung zwischen genossenschaftlichen Warenzentralen und Scheuer-Kongern ausgesprochen und der Wille zu einer entsprechenden geschäftlichen Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht. Zur Erleichterung der Finanzierung der diesjährigen Ernte wurde angefangen die Mängel des in den Vorjahren bei der Getreideombardierung geübten Verfahrens eine Verbesserung der genossenschaftlichen Getreidehändler durch den Scheuer-Kongern in Aussicht genommen. Die abschließenden Verhandlungen über die Bedingungen und technischen Einzelheiten dieser Form der Erntefinanzierung werden in einem engeren aus Vertretern beider Gruppen gebildeten Gremium alsbald durchgeführt werden.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hielt am Mittwoch in Berlin eine Sitzung ab, in der er sich vor allem mit der unglücklichen Präsidentenwahl an den deutschen Getreidebörsen und Viehmärkten des Reiches beschäftigte. Der Bundesvorstand hält eine Drosselung der Getreideeinfuhr durch die Regierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für notwendig.

Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wurde verlangt, nicht eher in wirtschaftliche Verhandlungen einzutreten, bevor nicht die Lösung der Frage des Niederlassungsrechtes und der Grenzzoneordnung im deutschen Sinne gesichert ist.

Vorbildliche Gefallenenehrung. In Bernburg an der Saale (Anhalt) haben sich die Ortsgruppen sämtlicher Frontkämpferorganisationen, vom Reichsbanner bis zum Stahlhelm, geeinigt, für die Ehrung der im Weltkriege gefallenen Bürger gemeinsam vorzugehen. Von der Errichtung eines einfachen Denkmals nahm man Abstand. Vielmehr fand der Vorschlag des Reichsbanners, ein Kriegsinterbienenheim mit einem Denkmal davor zu errichten, einstimmige Annahme.

Stillestand der französisch-sinesischen Verhandlungen. Wie der Korrespondent des „Petit Parisien“ aus Peking meldet, sind die französisch-sinesischen Verhandlungen zur Regelung der Zwischenfälle von Nanking zum Stillstand gekommen, da die französische Regierung die Vorschläge der nationalistischen Regierung für unannehmbar halte.

Verhaftung eines Reformgegners in Afghanistan. Einer Agenturmeldung zufolge hat König Amanullah von Afghanistan den mohammedanischen Briefler Hazrat Sahib, der großen Einfluß in Afghanistan besitzt, und der Günstling des verstorbenen Emirs war, mit einigen seiner Anhänger verhaften lassen, weil sie sich den vom König geplanten Reformen widersetzen. Die Verhaftungen haben großes Aufsehen erregt.

Verschiedenes

Wanderversität in Polen

W.D. Krakau, 13. Sept. (Tel.) Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich im Wandergelände von Worszin bei Übungen zwischen Krakauer Kavallerie- und Infanterieabteilungen ein schweres Unglück. Als eine Kavallerieabteilung den Befehl erhielt, ein Infanterieregiment anzugreifen, machte es nicht, wie vorgesehen, 100 Meter vor der Infanterie halt, sondern galoppierte in diese hinein. Die Infanteristen verletzten sich gegen den unerwarteten Ansturm durch vorgehaltene Bajonette zu schaden. Der Infanteriekommandeur befahl außerdem die Geistesgegenwart, den Kavallerieanführer dadurch in seinen Wirbeln zu mildern, daß er Rebellbomben werfen ließ. Insgesamt wurden trotzdem etwa 40 Soldaten verwundet.

Zeitschriftenschau

Velhagen & Klasing Monatshefte. Das Eigenhaus der jungen Welt, der neuen Zeit ist heute ein Problem, dessen Lösung viele Tausende beschäftigt. Unzählige möchten der Stadt entfliehen, aber selbst die, die in der glücklichen Lage sind, daß der Erwerb die Ausgaben noch etwas überschreitet, scheuen sich vor den Kosten eines Hausbaus, vor allem aber vor der unabsehbaren Belastung durch den Besitz. Hier will das 15 000-Reichsmark-Kreisausschreiben eingreifen, mit dem Velhagen & Klasing Monatshefte ihren neuen Jahrgang eröffnen (Septemberheft). Das Kreisausschreiben, das sich an alle deutschen Architekten wendet und zum Preisrichter die Leserschaft der Zeitschrift beruft, geht von der richtigen Voraussetzung aus: wir brauchen Häuser für geschmackvolle und kultivierte Menschen mit wenig Geld, Häuser, die die Hausfrau im Notfall allein bewirtschaften könnte, und die ihr Zeit lassen für ihre Kinder, ihren Garten, ihre geistige Fortbildung. Es sind Leitfäden für die Baupläne aufgestellt, die kultivierte und vor allem praktische Einfachheit fordern. Ein Prüfungsausschuß, dem außer der Schriftleitung Prof. Adolf Rabing, Breslau, Prof. P. L. Troost, München, und Prof. Dr. Heinrich Teslenow, Berlin, angehören, wählt die besten Arbeiten aus. Diese werden in den Hefen veröffentlicht, und der Leser erteilt den Preis. Kein Zweifel, daß dieses nach Gehalt und Form höchst originelle Kreisausschreiben Velhagen & Klasing Monatsheften viele neue Freunde zu den unzähligen alten gewinnen, vor allem aber zur Klärung einer für die Zukunft unseres Volkes entscheidenden Frage beitragen wird.

Das Schluchseewerk vor dem Landtag

Annahme der Vorlage mit 51 gegen 9 Stimmen
Badischer Landtag

D. B. Karlsruhe, 12. Sept.

Im PlenarsitzungsSaale des Ständehauses, das außen und innen ein völlig neues Gewand erhalten hat, ist Mittwoch nachmittag der Badische Landtag zu einem kurzen Tagungsabschnitt zusammengetreten. Es handelte sich bekanntlich um die parlamentarische Erledigung des Schluchseeprojekts.

Zu Beginn der Sitzung nahm Präsident Dr. Baumgartner das Wort zu einem

Nachruf für den verstorbenen Großherzog

Er führte in Abwesenheit der Sozialdemokraten und Kommunisten folgendes aus:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 9. August d. J. ist der vormalige Großherzog Friedrich II. von Baden zur ewigen Ruhe heimgerufen worden. Nachdem durch die Großh. Familie die Angelegenheiten der badischen Staatsregierung zugegangen war, hat die Staatsregierung der Familie ihre Teilnahme ausgesprochen. Danach habe ich namens des Badischen Landtages der Großherzogin-Witwe telegraphisch die Anteilnahme des Badischen Landtages zum Ausdruck gebracht. An der Trauerfeier selbst hat die badische Staatsregierung und eine starke Vertretung des Landtages teilgenommen. Ich habe ebenso wie die Staatsregierung am Sarge des Heimgegangenen namens der Volksvertretung eine Kranzspende niedergelegt. Die Anteilnahme weiter Kreise des badischen Volkes kam in durchaus würdiger Weise zum Ausdruck.

Das badische Volk und seine Vertretung haben begründeten Anlaß, in aller Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie dem einstigen Träger der Staatsgewalt im Lande Baden die Ehre und Bewehrung bezeugen, die ihm nach seiner einstigen Stellung im Staate als dem obersten Staatsorgan und Landesherren nach der damals geltenden Staatsverfassung zukam. Der Staat als solcher bestand und besteht, mag die Staatsform sein wie sie wolle. Diesem Staat haben wir in der neuen Form der Republik nach der nunmehr geltenden Verfassung übernommen, und schon hieraus ergibt sich für uns die Ehrenpflicht, dem einstigen Träger der obersten Gewalt, dem letztregierenden Großherzog, die Ehrerbietung zuteil werden zu lassen, die seiner einstigen Stellung entspricht. Darüber hinaus aber erscheint es mir innerste Pflicht, auch der Dankbarkeit Ausdruck zu geben für den Heimgegangenen selbst, wie für das Fürstentum der Jünglinge für all das, was sie für den Auf- und Ausbau unseres Staates und für das Wohl unseres Landes und Volkes getan haben. Wir haben auch heute allen Anlaß, es dankbar anzuerkennen, daß der verstorbene einstige Landesherren bei der staatlichen Umwälzung im November 1918 Ruhe und Frieden im Lande und damit das wahre Wohl des Landes und Volkes höher einschätzte, als seine bis dahin innegehabten Thronrechte, und daß er in vornehmer Gesinnung und in loyaler und durch das Staatswohl bedingter Weise sich in die neuen staatlichen Verhältnisse hineinfand. Es hat deshalb feinerzeit mit Recht die vorläufige badische Staatsregierung und danach bei der Eröffnung der badischen verfassungsgebenden Nationalversammlung der erste Staatspräsident der badischen Republik dem scheidenden Träger der Krone und dem Kronfolger den Dank ausgesprochen für den von Engbergheit freien Geist, indem sie als Glieder der erblichen Dynastie Badens ihre Aufgaben erfüllt haben. Der nunmehr Verewigte hatte damals im November 1918 seinen Thronverzicht mit den Worten geschlossen: „Wein und meiner Vorfahren Leihstern war die Wohlthat des badischen Landes.“ Diese Gesinnung und diese hohe Auffassung von seiner Pflicht ist das leuchtende Merkmal seiner Persönlichkeit gewesen.

So wollen wir also den Sproß des Jünglinge Fürstentums, den einstigen Träger der Staatsgewalt, aber auch den edlen, schlichten, pflichtgetreuen Menschen in dem heimgegangenen vormaligen Großherzog Friedrich ehren und sein Andenken auch in der badischen Volksvertretung treu bewahren. Sie, verehrte Damen und Herren, haben sich zum Zeichen dessen von ihren Sitzen erhoben. Ich stelle das fest und danke Ihnen.

Die Frau Großherzogin-Witwe hat in einem Telegramm an mich Ihren Dank mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:

Die mir namens des Badischen Landtages übermittelte warme Anteilnahme an meinem Schmerz ist mir sehr wohlthuend und danke ich Ihnen allen von Herzen für das treue Gedenken.

Großherzogin Hilde.

Der Präsident gab dann eine Reihe von Regierungsmittellungen und sonstige

Eingänge

(Besuche usw.) bekannt.

Die Entscheidung des Unterrichtsministers in der Frage der Besetzung der Prüfungsamt-Konferenzgebäude wurde von der Mehrheit mit Zustimmung aufgenommen.

Ein Schreiben des Unterrichtsministers gibt Kenntnis von einer Vereinbarung zwischen Staat und Stadtverwaltung Karlsruhe, wonach dem Verwaltungsrat des Badischen Landestheaters fünf Mitglieder des Landtages angehören sollen. (Der Verwaltungsrat zählt 14 Mitglieder, 7 von Seiten des Staates, 7 von Seiten der Stadt Karlsruhe.)

Eingegangen ist u. a. ein kommunistischer Antrag, der fordert, daß die badische Regierung gegen den Bau des Panzerkreuzers protestiert.

Sodann erhält Abg. Egler (Zr.) das Wort zur Berichterstattung über die

Denkschrift betr. das Schluchseewerk

Er beantragt, diese zur Kenntnis zu nehmen und den darin enthaltenen Richtlinien zuzustimmen.

Es folgte eine längere bedeutsame

Rede des Finanzministers Dr. Schmitt

über die wir an anderer Stelle des Blattes ausführlich berichten.

Die Aussprache

Den Standpunkt des Zentrums vertritt Abg. Dr. Jühr. Auch Unternehmertreue hätten das Recht des Staates anerkannt, in die Elektrizitätswirtschaft einzugreifen. Daß der badische Staat in so ausgedehntem Maße sich der Stromproduktion und -verteilung annimmt, sei nur zu begrüßen. In erster Linie müßten wirtschaftliche Gesichtspunkte ausschlaggebend sein. Auch die Frage des Schluchseewerkes könne nur gelöst werden, indem man sie hineinfällt in die großen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge. Man müsse sich beim Bau des Werkes ganz auf die Fachmänner verlassen. Es handle sich also, wie schon der Minister bemerkte, um eine Vertrauensfrage. Die wirtschaftlichen Vorteile seien ganz außerordentlich ins Gewicht zu legen und erleichterten die Zustimmung des Landtages. Man werde im Interesse der Schiffahrt und der Befruchtung des industriellen Lebens den Bau des Werkes

beschleunigen müssen. Es sei aber auch zu hoffen, daß die vielen Kleinabnehmer etwas herauskommt in Gestalt eines ermäßigten Strompreises. Die feuerpolitischen Möglichkeiten seien keineswegs von der Hand zu weisen. Der badische Staat sollte sich am Schluchsee so stark wie möglich beteiligen. In bezug auf die Wahrung der Naturschönheiten des Schwarzwaldes solle das Äußerste geschehen. Der Redner schließt, man sei in der Elektrizitätswirtschaft an einem Zeitpunkt angelangt, wo man nicht mehr bremsen kann. Ohne Wagemut und Optimismus gehe es in der Frage des Schluchseewerkes nicht. Allen Instanzen, die seit Jahren an dem Projekt gearbeitet haben, gebühre herzlicher Dank. Die Zentrumsfraktion sage in vollem Bewußtsein der Größe der Stunde und der Größe der Verantwortung: Ja!

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) stimmt der Vorlage zu. Es sei erfreulich, daß das Projekt endlich unter Dach und Fach kommt. Der Redner ist vom Erfolg überzeugt. Eine Ablehnung wäre unverantwortlich. Der Bau sei volkswirtschaftlich unbedingt notwendig. Auf Seiten der Sozialdemokraten würde man es natürlich gerne sehen, wenn der Staat allein als Unternehmer auftreten könnte. Aber derzeit ergebe sich keine andere Möglichkeit, das Risiko zu übernehmen, als die Errichtung einer Gesellschaft. Wir meinen: So, wie die Regierung vorgeht, dürften die Interessen des Landes gewahrt sein. Bedenken gegen das Zusammengehen mit dem A.W.E. seien nicht stichhaltig, zumal sich auch hier die Aktien größtenteils in der öffentlichen Hand befänden. Zwischenrufe der Kommunisten veranlassen den Redner, sich mit der russischen Wirtschaft auseinanderzusetzen. (Vizepräsident Habermehl: Ich bitte, die russischen Exkursionen zu verlassen.) Abg. Maier: Wenn es dem Präsidenten gelänge, die Äußen zum Schweigen zu bringen, würde es mich freuen. (Große Heiterkeit.) Der Redner zollt gleichfalls den Herren vom Badenwerk Anerkennung, nicht minder dem Minister, der gezeigt habe, daß er die Materie kennt und nicht oberflächlich an die Sache herangeht. Der Redner hat die feste Überzeugung, daß die Technik alles tun werden, um eine Schädigung der Naturschönheiten und wirtschaftlichen Interessen der Anwohner zu vermeiden.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dnl.) dankt dem Berichterstatter Abg. Egger für seinen klaren Bericht. Daß das Projekt kein Gegenstand parlamentarischer Bearbeitung sei, hält der Redner nicht für unbedingt richtig. Er will in der Stellungnahme zum Schluchsee keine Parteifrage erblicken. Nach Abwägung aller Gründe und Gegenstände kommt der Abg. D. Mayer dazu, die Vorlage abzulehnen. Komme man dazu, das Schluchsee zu bauen, so werde es eben in unserem Lande weitere wasserarme Täler geben. Wer das Projekt ablehne, übernehme keineswegs das größere Risiko. Ob die Jugendtätigkeit reiflich befriedigt werden, stehe noch dahin. Man spreche schon von einer Abfabelung. Was uns besonders mißfällt, ist die Tatsache, daß bei uns eine zweite neue Elektrizitäts-A.G. errichtet werden soll. Das Schluchsee wird nie ganz in unseren Händen sein. Wir dürfen unsere Erwartungen nicht zu hoch setzen. Wir werden uns in der Ablehnung geirrt, was sich in einigen Jahren zeigen wird, so werden wir das zugestehen, haben sich die anderen geirrt, so werden wir es ihnen nicht vorhalten. Um 1/8 Uhr wird die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag vorm. 9 Uhr.

23. Karlsruhe, 13. September.

Der Präsident teilt zu Beginn der Sitzung mit, daß die Absicht bestehe, die Sitzungsperiode des Landtages heute zu schließen.

Darauf wird die Aussprache über das Schluchsee fortgesetzt.

Der volksparteiliche Abg. Dr. Mattes stellt fest, daß das Schluchsee, das am meisten bekämpfte Wirtschaftsprojekt des Landes sei, weil es weite Wirtschaftsinteressen berühre. Die jahrelangen Kämpfe wären nicht entstanden, wenn das Badenwerk fröhlicher und offener seine Pläne dargelegt hätte. Deshalb haben wir zur Klärung immer wieder die Frage des Baues des Schluchseewerkes aufgeworfen. Der Redner spricht die bestimmte Erwartung aus, daß man der engeren Heimat in großzügiger Weise entgegenkomme. Auch unser Land müsse mit der neuen, starken Kraftquelle, die vornehmlich dem außerbadischen Bedarf dienen soll, wirklich zufrieden sein. Der Kampf sei auch mühselig gewesen im Interesse des Badenwerks selbst. Die Überwindung seiner Zukunftsmöglichkeiten hätte uns dazu verleitet, den günstigen Moment einer Beteiligung der Reichsbahn im Jahre 1922 zu verpassen. Zu den Bedenken gegen das Schluchsee wird bemerkt der Redner, daß die Meinung in seiner Fraktion geteilt sei. Der Abg. Obkircher, der einmal im Schwarzwald zu Hause sei, könne seine Zustimmung nicht geben. Für die Stellungnahme der übrigen Mitglieder der Fraktion sei die große wirtschaftliche Bedeutung des Wertes entscheidend. Auch gingen sie damit einig, daß mit fremder Hilfe gebaut wird. Optimismus sei sehr wohl angebracht. Man habe zur Leitung des Badenwerks und den technischen Beratern volles Vertrauen, daß das Schluchsee zu einer großen wirtschaftlichen Ertragsquelle für unser Land wird.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) gibt der Überzeugung Ausdruck, daß vieles im Sinne der Heimatvereine geschehen sei. Der Redner setzt sich in diesem Zusammenhang für den Naturpark Butsch-Gauchachtal ein. Er setzt dann die eminenten Vorteile auseinander, die eine großzügige Ausnutzung der Wasserkräfte, speziell durch das Schluchsee, bringen werde. Er sieht in der Beteiligung des A.W.E. einen Sicherheitsfaktor und hofft in bezug auf die Elektrifizierung der Rheinstadt recht bald auf eine günstigere Gesinnung der Reichsbahn. Der Denkschrift könne man durchaus zustimmen, wenn sie sagt, daß wir elektrizitätsversorgungsbereit sein müssen. Es wäre ein viel größeres Risiko, den Bau des Schluchseewerkes heute zu verhindern. Die demokratische Fraktion habe Vertrauen zur Leitung des Badenwerks und betunde dies durch die Zustimmung zur Vorlage.

Abg. Klauer (Wirtsch. Vgg.) steht hinsichtlich der Ausnutzung der Wasserkräfte auf dem gleichen Boden, wie Regierung und Badenwerk. Die Behandlung der Frage des Schluchseewerkes habe Resultate gezeitigt, die wirklich zu einer Beruhigung der betroffenen Bevölkerung geführt haben. Ihre Wünsche und Forderungen seien nach Möglichkeit berücksichtigt worden. Die früheren starken Bedenken von Landwirtschaft und Gewerbe seien gewichen. Es sei zu hoffen, daß sich das Badenwerk rentabel gestalten wird. Der Redner erwartet eine Verbilligung der Strompreise und anerkennt die Entwicklung der Elektrizitätsversorgung in Baden zum Nutzen der Landwirtschaft. Man habe zum Finanzminister volles Vertrauen. Wollte man sich gestern noch der Stimme enthalten, so könne man heute auf Grund der Darlegungen des Ministers der Vorlage zustimmen.

Abg. Erdmann (Komm.) hält den Bau des Schluchseewerkes an sich für zweckmäßig und notwendig, und auch die Schädigung des Landschaftsbildes nicht für so schwerwiegend, daß man sich dagegen stemmen könnte. Gleichwohl müßten die

Kommunisten die Vorlage ablehnen, weil sie mit der nach ihrer Ansicht privatkapitalistischen Finanzierung des Projektes nicht einverstanden sein könnten.

Abg. Obkircher (D. Vp.) begründet seine ablehnende Haltung. Man dürfe jenen, die anderer Meinung seien, daraus keinen Vorwurf machen. Zugabe sei, daß seit 1925 seitens des Badenwerks alles versucht wurde, um den Interessen der betroffenen Bevölkerung Rechnung zu tragen. Aber es bleibe noch vieles von dem, was damals an Befürchtungen draußen und hier im Hause vorgetragen worden sei. Für ihn, den Redner, komme es nicht darauf an, ob das Schluchsee wertvoll, sondern ob es notwendig ist. Er habe gewiß Vertrauen zu den Sachverständigen, die mit einer Rentabilitätswahrscheinlichkeit rechnen, komme aber nicht darüber hinweg, die Berechnungen der Techniker für allzu optimistisch zu halten. Es sei zu befürchten, daß das Schluchsee unter außerordentlich geringem Wasserzufluß leidet. Zur Zeit seien die Zuflüsse des Titises und Schluchsees verschwindend klein, so klein, daß sie etwa mit dem „Bächle“ in der Salzstraße in Freiburg zu vergleichen sind, wenn es wenig Wasser hat. Der Hauptgrund für den Bau des Schluchseewerkes, die Elektrifizierung der badischen Bahnen, sei inzwischen weggefallen. Der Redner kann den Bau auch um deswillen nicht für notwendig halten, weil etwa ein Strommangel eintreten könnte und das Badenwerk dazu übergehen müßte, Strom zu kaufen. Ein solcher Zustand sei bei den Möglichkeiten der Kraftgewinnung in Baden nicht gut möglich. Schließlich sprächen die Interessen des südbadischen Schwarzwaldes gegen die Verwirklichung des Projektes. Man glaube nicht, daß die Bevölkerung nun mit heller Begeisterung dem Schluchsee zustimmt. Sinter den landwirtschaftlichen Schönheiten ständen doch gewichtige wirtschaftliche Interessen. Der Redner kommt zu dem Schluß, daß das Schluchsee im Interesse einer billigen Stromversorgung nicht notwendig und die wirtschaftlichen Vorteile zu problematisch seien.

Finanzminister Dr. Schmitt ergreift nochmals das Wort, um folgendes auszuführen: Die Strompreise sind nicht in dem Maße gestiegen, wie die Stoff- und Baupreise angezogen haben und die Kaufkraft des Geldes gesunken ist. Der Durchschnittspreis für die Kleinabnehmer beträgt 31,5 Pf. Sollen die Strompreise verbilligt werden, so kann es nur auf dem Wege der Vermehrung des Absatzes geschehen. Eine Prüfung der Gestaltung der Strompreise sage ich ja. Es soll ferner dafür gesorgt werden, daß die Bezirksvereinigungen ihre Wünsche wirksam an den Aufsichtsrat des Schluchseewerkes bringen können. Der Minister betont sodann: Wird das Schluchsee nicht gebaut, so wird die Elektrifizierung weiter verschoben werden. Insofern besteht ein Zusammenhang zwischen beiden Fragen. Der Redner hofft bezüglich des Wunsch, im Butsch-Gauchachtal einen Naturpark zu schaffen, auf dem Weg der Freiwilligkeit zum Ziele zu kommen. Federführend ist hier der Unterrichtsminister, mit dem seit geraumer Zeit Verhandlungen schweben, unter welchen Voraussetzungen die Schaffung eines Naturparks erfolgen könnte. Opfer müßten zweifellos gebracht werden. Zu einem Artikel der „Neuen Badischen Landeszeitung“ sagt der Minister, es ginge nicht an, daß sich Baden hinsichtlich der Elektrizitätswirtschaft isoliert. Wir sind von der A.W.E. nicht unklammert worden. Kleinere Werke auszubauen, würde nicht rentabel sein. — Der Abg. Dr. Mattes hat von einem Verfallnis im Jahre 1922 gesprochen. Ich erinnere daran, daß zu jener Zeit der Landtag einstimmig eine Aktienbeteiligung von 80 Prozent beschlossen hat. (Zuruf des Abg. Dr. Mattes: Von einer Beteiligung der Reichsbahn ist uns erst später Mitteilung gemacht worden.)

Aber die Pläne des Badenwerks ist die Öffentlichkeit rechtzeitig und ausreichend unterrichtet worden. Daß der Schwarzwaldsee jetzt ein unsicheres Bild bietet, rührt daher, daß nach Ostern das Wasser abgelassen werden mußte bis auf 1,5 Millionen Kubikmeter (statt 14 Millionen), weil noch Arbeiten an den Einlaufstollen vorzunehmen waren. Der Minister schließt: Ich bin mit der großen Verantwortung bewußt und freue mich, dieses Werk zur Ausführung zu bringen, um damit dem Volke zu nützen.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Schäfer (Zentr.) und des Berichterstatters, Abg. Egger, scheidet das Haus zur Abstimmung.

Abstimmung

Ziffer 1 des Ausschusstranges:

Der Landtag wolle von der Denkschrift vom 27. August 1928 Kenntnis nehmen und den darin für den Ausbau des Schluchseewerkes enthaltenen Richtlinien die Zustimmung erteilen, wird mit 51 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmen 9 Abgeordnete, und zwar 5 Deutschnationale, der volksparteiliche Abgeordnete Obkircher und 3 Kommunisten.

Ziffer 2 des Antrages:

Das Gesetz der Gemeinde Schluchsee vom September 1928 der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, fand einstimmige Annahme.

Einstimmig angenommen wird ferner folgende Entschließung, die von der volksparteilichen Fraktion eingebracht worden war: Die Regierung wird ersucht, bei Ausführung des Schluchseewerkes dafür Sorge zu tragen, daß den berechtigten Wünschen der durch die Arbeiten betroffenen Bevölkerung, insbesondere der Gemeinden Schluchsee und Aha, nach Möglichkeit Rechnung getragen wird.

Sie wird ferner ersucht, der Anregung des Schwarzwaldvereins und anderer Vereine, im Butsch-Gauchachtal einen Naturpark zu schaffen, nach Möglichkeit stattzugeben.

Der Präsident bringt als Meinung des ganzen Landtages die Hoffnung und den Wunsch zum Ausdruck, daß das große Werk dem badischen Lande und Volke zum Segen gereichen möge. Er muß daran den Dank an den Finanzminister und seine Mitarbeiter für die ausgezeichnete Vorbereitung der gewaltigen Arbeit.

Das Haus erklärt alsdann gegen die Stimmen der Kommunisten und Wirtschaftsparteiler die Sitzungsperiode für geschlossen.

Die Folge davon ist, daß bis zum Wiederausammentritt der Landständische Ausschuss bestellt werden muß. Den Vorsitz führt nach der Verfassung der Präsident.

Dem Ausschuss gehören ferner an die Abgeordneten: Egger (Ztr.), Stells. Schneider; Dr. Glodner (Dem.), Stells. Scheel; Geurich (Ztr.), Stells. Eberhard; Maier-Heidelberg (Soz.), Stells. Reinbold; Dr. Mattes (D. Vp.), Stells. Dr. Obkircher; D. Mayer-Karlsruhe (Dnl.), Stells. Lang; Rüdert (Soz.), Stells. Weismann; Dr. Schäfer (Ztr.), Stells. Dr. Föhr; Seubert (Ztr.), Stells. Kühn.

Einer alten Gepflogenheit des Hauses folgend, gibt Präsident Dr. Baumgartner nunmehr einen Bericht über die Tätigkeit des Landtages in der abgelaufenen Sitzungsperiode 1927/28. Daran reihen sich die Nachweise für die seit Schluß der letzten Sitzungsperiode verstorbenen Mitglieder der früheren Ersten und Zweiten Kammer und späteren Landtages.

Es sind dies folgende: 1. Bantshaus Georg, Mühlenbesitzer in Mosbach; 2. Hübsch Dr. Wilhelm, Minister des Kultus und Unterrichts a. D. in Karlsruhe; 3. Freig. Wilhelm, Stadtoberschulrat in Mannheim; 4. Ziegelmeyer Josef, Bürgermeister a. D. in Langenbrüden; 5. Reiff Franz, Sparassentzähler a. D. in Söllingen, Amt Karlsruhe; 6. Schäffer Franz Heinrich, Landwirt in Heddesheim; 7. Lewald, Dr. jur. Ferdinand, Präsident des Verwaltungsgerichtshofs a. D. in Karlsruhe; 8. Gebhard Hermann, Landwirt in Eppingen.

Zum ehrenden Gedenken hatten sich die anwesenden Abgeordneten von den Klagen erhoben.

Abg. Rüdert (Soz.) nimmt als Vorsitzender des Haushaltsausschusses das Wort, um auf die verflorenen arbeitsreiche Tagung hinzuweisen. Er erinnere nur an die Verabschiedung des Besoldungsgesetzes und des Haushaltsplanes. Keine Arbeit habe besonders auf dem Präsidenten gelastet, der die Verhandlungen nach besten Kräften gefördert habe. Das ganze Haus zolle seiner Umsicht, Unparteilichkeit und Tatkraft herzlichsten Dank.

Präsident Dr. Baumgartner dankte für diesen Beweis der Anerkennung und erklärte, daß er nur seine Pflicht getan habe. Um 12 Uhr gingen die Abgeordneten auseinander.

Badischer Teil

Die Molkereikredite in Baden

Vom Ministerium des Innern wird uns geschrieben:

Es ging in jüngster Zeit eine Notiz durch die Presse, die beanstandete, daß die Reichskredite für die Förderung der Milchwirtschaft in Baden noch nicht zur Verteilung gelangt seien. Gegenüber dieser Behauptung ist festzustellen, daß von den auf Baden entfallenden 500 000 RM, die für Zwecke der Förderung der Milchwirtschaft als zinsverbilligte Darlehen an Molkereien gegeben werden können, bereits 321 000 Reichsmark zur Verteilung gelangten.

Todesfälle

Eine in der badischen Staats- und Gemeindeverwaltung bekannte Persönlichkeit, Verwaltungsinspektor i. R. Karl Mathes, ist im Alter von 79 Jahren am 11. September gestorben. Er wurde 1870 Aktuariatsinspektor, machte den Feldzug 1870/71 als Einjährig-Freiwilliger mit, wurde 1874 Aktuar, 1891 Amtsregistrator und war als solcher und später als Sportbeamter an verschiedenen Bezirksämtern, zuletzt in Karlsruhe, bis zu seiner im Jahre 1915 erfolgten Zurücksetzung erfolgreich tätig. Mitgründer des Amtsregistratorvereins, war er von 1897 bis 1903 Vorstand dieses Vereins, der ihn in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste zum Ehrenmitglied ernannte. Der Verstorbene war auch schriftstellerisch tätig. Sein in drei Auflagen erschienen Buch „Die badischen Verwaltungsgebühren“, besaglichen die von ihm erläuterten Natural- und Quartierleistungsvorschriften waren anerkanntermaßen unentbehrliche Handbücher der mit diesen Materien beschäftigten Staats- und Gemeindebeamten. Der Verstorbene, der bis in sein hohes Alter hinein körperlich und geistig äußerst regsam war, erfreute sich allgemeiner Beliebtheit. Alle, die ihn kannten, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der an den Folgen einer Blinddarmentzündung dieser Tage unerwartet in Berlin verstorbene Telegraphendirektor Ferdinand Meßmer war Vorsteher des Telegraphenbauamtes in Freiburg i. Br. Er war ein Badener Kind, geboren in Staufen (A. Waldshut), besuchte er die Schule in Karlsruhe und trat 1897 in Konstanz in den höheren Postdienst ein. Lange Jahre war er am Telegraphenverksam in Berlin tätig. Seine Kenntnisse in der Fernleitung und Funktechnik sowie auf dem Gebiete des Induktionschubes der Fernleitungen gegen Starkströme, wie auch des Schutzes der Fernleitung gegen die zerstörenden chemischen Einflüsse des Bodens haben seinen Namen in Fachkreisen bekannt gemacht. So war er auch Mitglied des Internationalen Beratenden Ausschusses für Fernsprechweifen. 1924 wurde er auf seinen besonderen Wunsch zum Vorsteher des Telegraphenbauamtes Freiburg ernannt. Er war ein eifriger Förderer des Rundfunks.

Die neuerbaute Bahnstrecke Neudorfsteinach-Schönau

wird voraussichtlich am 20. Oktober s. J. eröffnet und am 21. Oktober in Betrieb genommen werden.

Das Generalkonsulat des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in München

Der zum Generalkonsul des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in München ernannte Herr Milan Jovanowitsch ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Wichtig für Pilzsammler

In der Zeit der Pilzernte werden alljährlich zahlreiche schwere, zum Teil tödliche Erkrankungen durch den Genuß giftiger Pilze verursacht, die in den meisten Fällen selbst gesammelt sind. Da es allgemeine Erkennungsmerkmale für die Giftigkeit von Pilzen nicht gibt und gerade eine wirksame Behandlung der Erkrankung infolge Genußes des gefährlichsten Pilzes (des Knollenblätterchwammes) bisher unbekannt ist, kann jedem Pilzsammler nicht dringend genug empfohlen werden, zu Genußzwecken nur Pilzarten zu verwenden, die als zweifellos ungiftig gelten können.

Einen Überblick über die wichtigsten genießbaren und giftigen Pilze in gemeinverständlicher Darstellung zu geben, hat sich auch das Reichsgesundheitsamt beanlagt gesehen. Das in neuer, erheblich erweiterter Auflage bei Julius Springer, Berlin W 9, Linienstraße 23/24, in Form eines Wöchentlich erscheinenden Pilzmerkblattes ist unter Mitwirkung des Botanischen Museums in Berlin-Dahlem und der Deutschen Gesellschaft für Pilzkunde bearbeitet. Es werden darin 63 Pilzarten beschrieben, 57 davon sind farbige in 1/4-1/2 natürlicher Größe abgebildet. Auch finden sich in dem Büchlein zahlreiche praktisch bewährte Belehrungen über das Sammeln von Pilzen und die Behandlung von Pilzergiftungen bis zum Eintreffen des Arztes. Das Pilzmerkblatt kann durch den Buchhandel bezogen werden. Der Preis für 1 Stück beträgt 90 Reichspfennig, für 100 Stück 80 RM, für 1000 Stück 700 RM.

Um über die in Deutschland beobachteten Pilzergiftungen genau unterrichtet zu sein und auf Grund des gesammelten Materials die Bevölkerung über die Gefahren wirksam aufzuklären zu können, hat die Deutsche Gesellschaft für Pilzkunde eine Kommission von Ärzten und Pilzfachmännern gebildet. Ausführliche und möglichst sofortige Mitteilungen über vorkommende Vergiftungen werden an Sammlerrat Professor Dr. Weismann in Pflanz bei Hamm (Westfalen) erbeten. Insbesondere werden die behandelnden Ärzte und Krankenhäuser um Berichte ersucht, die für die Beurteilung des Verlaufs der Erkrankungen und ihrer Behandlung alles Wissenswerte enthalten.

Deutscher evang. Pfarrertag in Karlsruhe

Dienstagabend wurde mit einem stark besuchten Gottesdienst in der evangel. Stadtkirche zu Karlsruhe der Deutsche Evang. Pfarrertag eingeleitet. Der Vorsitzende des Badischen Pfarrervereins, Kirchenrat Renner, Karlsruhe, besorgte den Dienst des Vortrags, zwei Kirchenchöre trugen gemeinsam Chorlieder vor, Landesmusikdirektor Dr. Köppen, Heidelberg, spielte Bach'sche Orgelstücke. In Anlehnung an die Geschichte von der Berufung des Jesajas predigte Stadtpfarrer D. Oesfeldt, Baden-Baden vom Erlebenswillen.

Auf den Eröffnungsgottesdienst folgte der Begrüßungsabend im Hotel „Germania“. Im Auftrage des Vorstandes des Badischen Pfarrervereins entbot Stadtpfarrer Spies, Pforzheim, den Festgästen einen herzlichen Willkommensgruß; in poetisch-humorvoller Weise überbrachte Kirchenrat Hindenlang, Karlsruhe, einen Karlsruhe'gruß. Für die Grüße dankte Superintendent Kofelke.

Nach einer von Privatdozent Pfarrer Dr. Duhm, Heidelberg, gehaltenen liturgischen Morgenfeier in der Christuskirche fand im kleinen Festsaal Mittwoch vormittag ein Festakt statt, dem etwa 500 Teilnehmer beimohnten. Superintendent Kofelke legte die Ziele der Pfarrervereine dar und begrüßte dann die Delegierten aus allen deutschen Gauen, und als Gäste die Vertreter der badischen Kirchenregierung, des Kultusministeriums, der Heidelberger theologischen Fakultät und der Stadtgemeinde. Kirchenpräsident D. Wurth begrüßte die Versammlung namens der badischen Kirchenregierung. Der Pfarrertag, in unserer Zeit viel geliebt und viel gehäht, müsse sich zusammenschließen, die kirchliche Einheit verkörpern, um sich auch innerlich für seine Aufgaben zu rüsten.

Kultusminister Dr. Leers wies darauf hin, daß in der Südwestecke nahe der Grenze alle geistlichen Führer sich verpflichtet fühlen, Gegensätze überbrückend, die Einheitsliebe des Geistes und des Herzens zu hüten und zu pflegen; denn ohne diese sei eine Reichseinheit nicht denkbar. Die staatlichen Führer müssen enge Fühlung mit dem Pfarrertag haben, weil beide das innere Wohl des Volkes im Auge hätten. Oberbürgermeister Dr. Finter dankte dem Verband der Pfarrervereine, daß er Karlsruhe aufgesucht habe. Namens der theologischen Fakultät Heidelberg grüßte Kirchenrat D. Bauer. Zuletzt sprach der Vorsitzende des Karlsruhe'er Evang. Kirchengemeinderates, Landgerichtspräsident Dr. Döller namens der Kirchengemeinde einen herzlichen Willkommensgruß aus. Geh. Kirchenrat Professor D. Bauer hielt hierauf einen Vortrag über „Die Eigenart der evangelischen Kirche in Baden“.

Warnung vor einem Fahrraddieb und Darlehenswindler

Gewarnt wird vor einem gerissenen Fahrraddieb und Darlehenswindler, dem aus Daueneberlein gebürtigen Zimmermann Franz Xaver Frank, der zuletzt in Steinmauern wohnhaft war, aber von seiner Frau getrennt lebt und seit längerer Zeit im Lande umherzieht. Unter falschen Namen, wie z. B. Hud, Koch, Kraft, Laibel, Raier usw. hat Frank in den letzten Monaten, meistens in Birtshausen, gegen Darlehen, die er angeblich zur Auslösung von Frachtbriefen, zum Pferdekauf und zu Transportkosten usw. benötigte, von ihm entwendete Fahrräder verpfändet. Bis jetzt konnten ihm in Baden und in der Pfalz mehrere Diebstähle und Betrüge nachgewiesen werden. Frank hat auch in einigen Fällen auf Abschlagszahlungen Fahrräder, die er sofort wieder veräußerte, gekauft und nur geringe Summen anbezahlt. Etwaige Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, werden gebeten, dem Badischen Landespolizeiamt in Karlsruhe Mitteilung zu machen.

Tagungen

Septembertagungen in Konstanz. Am 17. September tagt in Konstanz die Präsidialkonferenz des Badischen Industrie- und Handelsverbandes und am 18. September die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände, Abt. Baden. Der Städtetag hat diese Bodenseestadt für seine Vorstandssitzung am 19. September gewählt. Am 25. und 26. Sept. findet hier eine allgemeine Fischereikonferenz statt. — Der Katholische Lehrerverband Baden hält am 29. Sept. seine diesjährige Generalversammlung in Konstanz ab.

Neue Autostraßen am Bodensee. Im Laufe des Sommers 1928 haben die Uferstraßen des Bodensees auf deutscher Seite eine weitgehende Verbesserung erfahren. So wurden die Straßen Konstanz-Reichenau und Friedrichshafen-Neersburg in den letzten Monaten mit vorzüglichen Teerdecken versehen.

Beim Städtischen Vermessungsamt Freiburg im Breisgau ist sofort die Stelle eines

mittleren Vermessungsbeamten

zu besetzen. S. 890 Die Anstellung erfolgt zunächst im Angestelltenverhältnis nach Gruppe VII (2800—4400) der Stadtbefoldungsordnung mit Aussicht auf spätere Anstellung im Beamtenverhältnis. Bewerbungen von staatlich geprüften badischen mittleren Vermessungsbeamten wollen unter Anschluß eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes sowie von Zeugnissen, Schrift- und Zeichenproben bis 1. Oktober 1928 eingereicht werden. Freiburg im Breisgau, den 10. Sept. 1928. Städtisches Vermessungsamt.

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14

tertigt Drucksachen aller Art

für Industrie, Handel, Behörden und Private

Kurze Lieferfristen
Mäßige Preise

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater. Zum Gedächtnis des vor 100 Jahren geborenen großen russischen Dichters und Ethikers Leo Tolstoi geht am Samstag, den 15. September, sein Drama „Und das Licht scheint in der Finsternis“, von Ulrich von der Planck neu einstudiert und in fast durchweg neuer Besetzung in Szene. Das Werk, mit dem der Dichter sein eigenes Schicksal gestaltet und in der Figur des Nikolai Iwanowitsch Sargunow sich selbst dargestellt hat, gehört zu den erschütterndsten Bekenntnisdichtungen der Weltliteratur und enthält die Reagie allen echten Prophetentums in ihrer ganzen Tiefe. — Am kommenden Sonntag, den 16. September, findet die Aufführung der Oper „Hoffmanns Erzählungen“ von Offenbach statt. Die Neueinstudierung ist von der Absicht begleitet, die Inszenierung von allen traditionellen Gepflogenheiten zu befreien. Torsten Hecht hat eine Dekoration geschaffen, die dem gedanklichen Hintergrund des Stückes in seiner Fantastik stilgerecht wird. Um den Ideengang des Inhaltes auch unverfälscht darzustellen, haben Otto Krauß und Rudolf Schwarz alle Kürzungen vermieden, wie sie an der überwiegenden Mehrzahl unserer Opernbühnen leider zum Schaden des Werkes bräuchlich sind. Die Erfüllung der daraus entstehenden Anforderungen an den technischen Apparat unserer Bühne hat sich Rudolf Walz zur Aufgabe gemacht. Zahlreiche Proben und sorgsamste Vorbereitung, sollen diese Oper auch diesmal wieder zu ihrem berechtigten Erfolg führen.

Weiternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. In dem europäischen Hochdruckgebiet ist der Druck seit gestern noch gestiegen, so daß heute über der Nordsee neblige, von den Küstenländern und über Norwegen bis zum Eismeer ein geschlossenes Gebiet mit über 770 mm Luftdruck herrscht. In Anbetracht der so geschaffenen Drucklage wird eine Änderung des bestehenden Witterungscharakters bei uns nicht zu erwarten sein. — Wetterausblick für Freitag: Fortdauer der heiteren und trockenen Witterung, tagsüber etwas wärmer, nachts noch kühl, lokale Frühnebel.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 12. Sept. Die glücklichen Besitzer des Loses der Preussisch-süddeutschen Klassenlotterie, auf das ein Gewinn von 300 000 Reichsmark gefallen ist, sind, soweit es auf die Mannheimer Gegend entfällt, zwei kaufmännische Angestellte, von denen je einer ein Viertel des Loses besitzt, ferner vier Personen in Heidenheim, die zusammen ein Viertel des Loses besitzen, und ein in recht ärmlichen Verhältnissen lebende Händlerfamilie in Ludwigsbafen, die ebenfalls ein Viertel des Loses besitzt. Neben einem Gewinn von 10 000 Reichsmark ist, wie schon erwähnt, auch ein Teil des 300 000-Reichsmark-Gewinnes der Preuss.-Südd. Klassenlotterie nach Weisbrunn gefallen. Die glücklichen Losinhaber sind zwei Arbeiter und sechs Handwerker. Nach den üblichen Abzügen kommen auf jeden von ihnen rund 30 000 Reichsmark.

D3. Mersingenhardt (Amt Vuchsen), 13. Sept. Am 22. d. M. kann der Landwirt Moritz Pfaff seinen 88. Geburtstag bei Körperlicher und geistiger Mäßigkeit feiern. Der Jubilar ist Veteran von 1866 und 1870/71, war 50 Jahre Gemeindevorsteher, 36 Jahre Gemeindevater und über 40 Jahre Steinschneider und Weisbrunner.

id. Dandenheim (bei Offenburg), 11. Sept. Die älteste Einwohnerin des Ortes Rosalia Reichenbach feiert heute ihren 90. Geburtstag. Bis vor einigen Jahren konnte sie noch im Haushalt sowie auf dem Felde tätig sein, jetzt muß sie bereits immer das Bett hüten.

id. Rehl, 13. Sept. Der warme Sonnenschein der letzten Tage begünstigt die rasche Eimerung des Schnees, das in Qualität mit dem Vorjahr Schritt halten kann, bezüglich der Quantität aber geringer ausfällt. Besonders schön sieht der Tabak, dessen Blätter wunderbar entwidelt sind und mit dessen Aberntung ebenfalls bereits begonnen wurde.

D3. Kaiserslautern, 13. Sept. Nach zuverlässigen Mitteilungen ist nach den letzten Feststellungen der Vorfall bei der französischen Kaserne doch weniger schlimm, als man zuerst annehmen mußte. Das Mädchen kann seine Angaben nicht mehr voll aufrechterhalten. Es kam nicht zufällig auf dem Nachhauseweg an der Kaserne vorbei, sondern hatte sich in deren Nähe herumgetrieben. Es handelt sich nicht um einen Überfall, sondern um eine gewöhnliche Kauferei, bei der die Mägenin im Nachteil war.

D3. Dürkheim, 13. Sept. Die Gesamtzahl der Besucher des diesjährigen Dürkheimer Burkmärkts beläuft sich an den drei Hauptmarkttagen auf etwa 120 000 Personen.

D3. Landau, 13. Sept. Vor dem französischen Kriegsgericht wurde am Mittwoch gegen den Garnierfabrikanten Welter aus Zweibrücken verhandelt. Welter ist Jagdpächter in der Gemarkung Zweibrücken. Auf einem Kontrollgang durch seinen Jagdbogen betraf er am 28. Mai drei französische Soldaten, die mit Gewehren ausgerüstet waren und widereten. Welter gab zu, Schüsse abgegeben zu haben, um dem Sergeanten Angst einzufloßen und Leute, die mit Feldarbeiten in der Gemarkung beschäftigt waren, auf den Wildtrieb aufmerksam zu machen, damit diese ihn behilflich seien, den Täter zu stellen. Das Widererkenntnis in seinem Jagdbezirk habe stark überhand genommen und Vorstellungen, die er deshalb bei der Befehlsmacht unternommen habe, seien fruchtlos geblieben. Der Gerichtshof erkannte auf 1000 Reichsmark Geldstrafe.

id. Neustadt a. d. S., 12. Sept. Nach den Beobachtungen und Feststellungen des Kreisfachverständigen für den Weinbau der Pfalz beträgt der dieses Jahr durch Winterfalle und Spätfrostwirkungen im pfälzischen Weinbaugebiet entstandene Schaden 30 Prozent der gesamten Ertragsminderung. Der Schaden wird auf etwa 15 Millionen Reichsmark geschätzt.

Handel und Wirtschaft
Berliner Börsennotierungen

	13. Sept.		12. Sept.	
	Preis	Wert	Preis	Wert
Amsterdam 100 G.	168.04	168.30	168.04	168.30
Kopenhagen 100 Kr.	111.80	112.02	111.82	112.04
Italien . . . 100 L.	21.92	21.96	21.925	21.965
London . . . 1 Pf.	20.335	20.375	20.337	20.377
New York . . . 1 D.	4.1925	4.2005	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.365	16.405	16.36	16.40
Schweiz . . . 100 Fr.	80.69	80.85	80.70	80.76
Wien 100 Schilling	59.055	59.175	59.06	59.18
Prag . . . 100 Kr.	12.422	12.446	12.42	12.446

Von der südd. Befeidungsmesse in Stuttgart. Die soeben zu Ende gegangene Südd. Textil- und Befeidungsmesse hatte anhaltend starken Besuch zu verzeichnen. Die zahlreichen Kaufaufträge haben durchweg befriedigt. Es war eine sichtbar aufsteigende Tendenz zu erkennen, die auf eine Belebung des gesamten Marktes schließen läßt. — Die nächste Messe wird voraussichtlich im Lauf des Monats März 1929 stattfinden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Staatsprüfung im Vermessungswesen im Jahre 1928.
Die Vermessungsreferendare
Helmut Brunn aus Eberstadt,
Hermann Faber aus Karlsruhe,
Heinrich Friedrich Hartmann aus Waldshut,
Willi Albert Liebe aus Karlsruhe,
Alfred Müller aus Engen und
Philipp Sattler aus Weinheim
haben die Staatsprüfung im Vermessungswesen bestanden und sind zu öffentlich bestellten Geometern ernannt worden.
Karlsruhe, den 27. August 1928
Der Finanzminister
J. A. Dr. Mühe.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Revisionsinspektor Karl Kramps beim Bezirksamt Weinheim zum Revisionsoberinspektor; zum Gendarmeriewachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Georg Dittger in Alsfelderhausen, Amt Mosbach.
Planmäßig angestellt:
Die Stenotypistin Anni Kraft bei der Landesversicherungsanstalt als Kanzleiaffistentin.
Gestorben:
Gendarmeriehauptwachmeister Gustav Schmidt in Gamburg.

VON DEUTSCHEN PARTEIEN

DEMOKRATISCHE PARTEI
Bäumler, Dr. Gertrud, Ministerialrat (Berlin), Grundlagen demokratischer Politik. IV, 95 Seiten. Brosch. 3 RM., Halbleinen 3,50 RM.
Inhalt: Die demokratische Idee. Die Machtheorie der Demokratie. Macht, Masse und Freiheit. Demokratie und Liberalismus. Demokratie und Nation. Die demokratische Politik. Das Deutsche Reich nach dem Zusammenbruch. Demokratische Staatspolitik. Demokratische Wirtschaftspolitik. Demokratische Kulturpolitik.

ZENTRUM
Joos, Josef, Mitglied des Reichstags. Die politische Ideenwelt des Zentrums. IV, 79 Seiten. Preis Brosch. 2,50 RM., Halbleinen 3,50 RM.
Inhalt: Von den deutschen Parteien. Das Zentrum unter den deutschen Parteien. Vorkriegszeitliche Zentrumsprogramme. Die heutigen grundsätzlichen Richtlinien des Zentrums. Politische, nicht konfessionelle Partei. Organische Lebensauffassung und schöpferische Mitte. Konservativ-fortschrittlich. Republik und Demokratie. Zentrum und Sozialdemokratie. Deutsche Kulturpolitik. Politik nationaler Selbstbehauptung und europäischer Befriedung. Die Zentrumsparterie in Koalitionen.

DEUTSCHE VOLKSPARTEI
Rheinbaben, Rochus Frhr. v. Liberale Politik im neuen Reiche. IV, 65 Seiten. Brosch. 2 RM., Halbleinen 2,50 RM.
Inhalt: Liberalismus und Staatsform. Parteibildung des Liberalismus. Liberalismus und republikanische Verfassung. Wirtschaftspolitik. Sozialpolitik. Schulgesetzgebung. Auswärtige Politik.
Diese Bände sind die ersten einer neuen „Politischen Sonderreihe“ unserer Sammlung „Wissen u. Wirken“. In ihnen stellen bedeutende Vertreter der einzelnen Richtungen ihre politischen Aufgaben und Ziele dar. Bei Subskription der ganzen Reihe wird eine Ermäßigung von 10% gewährt.

VERLAG G. BRAUN IN KARLSRUHE

Badisches Landestheater
Freitag, 14. September
* F 1 (Freitagmiete)
* 2. Gem. 1. S. G.
Der Londoner verlorene Sohn
Schauspiel von Shakespeare
Anfang 19%, Ende 22%,
Preise A (0,70—5,00 RM.)
Samstag, 15. September,
neueinstudiert: **Und das Licht scheint in der Finsternis**.
So., 16. Sept., neueinstudiert: **Hoffmanns Erzählungen**.
Di., 18. Sept., Schinderhannes

Colosseum
Nur noch bis Freitag
Täglich abends 8 Uhr
Berliner Neubach
REVUE
Ohne Kleid —
tut mir leid!
Der große Eröffnungserfolg der Saison!